



Die Stadtverordnetenversammlung
- Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 24. Juni 2020

Vorlagen-Nr. 19-F-05-0046

**Evaluierung der Waffenverbotszone - Aufgabenbereich der Landespolizei
-Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.11.2019-**

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss hat der Magistrat über die Zwischenbilanz der Waffenverbotszone berichtet. Aus dem Bericht ergibt sich, dass relativ wenige Verstöße gegen die Waffenverbotszone registriert wurden. Allerdings konnte noch keine Aussage über allfällige Straftaten getroffen werden, die in die Verantwortung der Landespolizei fallen getroffen werden. Darunter fallen insbesondere Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz oder das Aufenthaltsgesetz, die im Rahmen der Maßnahmen zur Durchsetzung der Waffenverbotszone aufgedeckt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, wie viele Ermittlungsverfahren durch die Landespolizei eingeleitet wurden, die ihren Ausgang in Maßnahmen der Stadtpolizei zur Durchsetzung der Waffenverbotszone gefunden haben und diese nach Deliktarten aufzugliedern.

Beschluss Nr. 0190

Der Antrag ist durch den Bericht des Bürgermeisters und des Polizeipräsidenten sowie durch die Aussprache erledigt

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2020

Belz
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2020

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister